



Für ein Konjunkturpaket in der sozial-ökologischen Transformation

Vorschläge der IG Metall

Die Eindämmung der Corona-Pandemie hat in Deutschland und Europa zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt. Dies geschieht in einer Phase, in der Digitalisierung und Dekarbonisierung die Beschäftigten und die Industrie vor große Herausforderungen stellen. Um eine langanhaltende Rezession in Deutschland zu verhindern, müssen Beschäftigte, Investoren und Unternehmen wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Situation entwickeln können. Dafür ist es notwendig, dass der Staat Beschäftigte und Unternehmen absichert und darüber hinaus mit einem Konjunkturpaket einen starken Impuls setzt, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wiederbelebt. Ein kluges erstes konjunkturelles Maßnahmenpaket ist dabei gleichzeitig ein strukturelles Investitionspaket in die Zukunftsfähigkeit der hiesigen Industrie. Es muss deshalb einen Beitrag zur Transformation der Industrie und zur Sicherung von Beschäftigung leisten. Inwieweit die Maßnahmen eines Konjunkturpaketes dazu beitragen „#fairwandel“, also die soziale, ökologische und demokratische Transformation, zu stützen, ist Maßstab für ihre Bewertung.

Der gegenwärtige Konjunkturreinbruch ist tiefer, als in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Um Wirksamkeit zu entfalten, muss das Konjunkturpaket deshalb deutlich über 3 % der Wirtschaftsleistung umfassen (entsprechend weit mehr als 100 Mrd. Euro). Für eine schnelle und voll wirksame Nachfragesteigerung ist es sinnvoll, diese Ausgaben zunächst über Schulden zu finanzieren. Mittelfristig sollten steuerpolitische Maßnahmen ergriffen werden, um die Kosten der Krise solidarisch zu verteilen.

Die IG Metall erwartet eine klare Aussage der Industrieverbände und Arbeitgeber dazu, dass sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind, möglichst alle Beschäftigten mit den vorhandenen Instrumenten der Kurzarbeit und Arbeitszeitflexibilität in Beschäftigung zu halten. Staatlich gesicherte Liquiditäts- und Eigenkapitalhilfen sind an diese Zusage zu koppeln. Wir akzeptieren nicht, wenn über Programme der Kostensenkung und des Personalabbaus die Beschäftigten Leidtragende der Krise werden, während die Unternehmen durch öffentliche Mittel gestützt werden. Die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfen verträgt auch nicht die gleichzeitige Auszahlung von Dividenden für Aktionäre und Bonuszahlungen für Vorstände.

Kaufkraft wahren durch die Absicherung der Beschäftigten in der Krise

Millionen von Menschen sind in Kurzarbeit. Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes und die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I sind bereits wichtige Bausteine, um die inländische Nachfrage zu stabilisieren. Damit die Konsumnachfrage den konjunkturellen Hochlauf der Wirtschaft allerdings tragen kann, sind weitere Maßnahmen notwendig.

Berliner Büro

FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, IG Metall Vorstand

Tel.: 030 2592 725 41; Buero-Berlin@igmetall.de



- ▶ Die Priorität muss auf dem Ziel liegen, die Beschäftigten, die in Kurzarbeit sind sowie arbeitslose Menschen, wieder in **reguläre Beschäftigung** zu bringen. Beschäftigung ist dort zukunftssicher, wo sie sich an den Erfordernissen der Transformation ausrichtet und tariflich abgesichert ist.
- ▶ Die **Entgeltfortzahlung für Eltern**, die ihre Kinder derzeit zu Hause betreuen müssen, muss solange gesichert sein, wie Krippen, Kitas und Schulen nicht flächendeckend und nicht für alle Kinder wieder geöffnet sind. Parallel dazu ist es geboten, intensiv an Szenarien von Betreuungsmöglichkeiten zu arbeiten – soweit das Infektionsgeschehen diese zulässt.
- ▶ Ein **Kinderbonus** in Höhe von mind. 300 Euro pro Kind kann Familien wirksam in der Krise unterstützen. Der Bonus sollte als Zuschlag auf das Kindergeld konzipiert und mit der Entlastungswirkung des Kinderfreibetrags verrechnet werden. So würden insbesondere Familien mit geringen Einkommen spürbar profitieren.
- ▶ Die **Lohnansprüche von Beschäftigten** müssen in der Krise gesichert sein. Da temporär eine Sperre für Gläubigerinsolvenzanträge greift, müssen Lohnrückstände von Beschäftigten durch eine neue Lohnersatzleistung, ein „Krisengeld“, wertgleich ersetzt werden.
- ▶ **Steuersenkungen**, sei es die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, ein Absenken der Mehrwertsteuer oder der Unternehmenssteuern, sind indes nicht sinnvoll. Solche Maßnahmen würden insbesondere die öffentliche Investitionstätigkeit verlangsamen und hätten vergleichsweise geringe Effekte auf die private Nachfrage.

Wertschöpfungsketten und Beschäftigung in Deutschland halten

Die Corona-Krise erfordert staatliche Intervention zum Erhalt der Wertschöpfungsketten. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sind hier existenziell gefährdet und es bedarf temporärer Unterstützung durch Liquidität und Eigenkapital. Aber auch große Unternehmen in unseren Kernbranchen, wie etwa der Stahlindustrie, dem Maschinen- und Anlagenbau, der Automobilindustrie und im Flugzeugbau sind in einen Abwärtsstrudel geraten. Wir fordern von Unterstützungsprogrammen, dass sie Sicherheit für Beschäftigung und ökologische Transformation als gleichberechtigte Zielgrößen beachten. Das erfordert nicht nur eine kurzfristige Sicht auf die Überwindung konjunktureller Krisen, sondern auch die mittelfristige Sicht des ökologischen Umbaus und der dafür notwendigen Basisinvestitionen; etwa durch eine leistungsfähige Wasserstoffindustrie oder die Herstellung synthetischer Kraftstoffe.

Konjunkturelle Impulse mit Transformationserfordernissen verbinden

Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft wird nur gelingen, wenn staatliche Investitionen den Wandel maßgeblich anstoßen und begleiten. Der Investitionsbedarf ist z.B. im gemeinsamen Papier vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) benannt. Als Hinführung zu diesen mittelfristig notwendigen Investitionen sollte ein Konjunkturpaket unmittelbar wichtige Impulse in die Dekarbonisierung von Energie und Mobilität setzen.



Eine Schlüsselrolle in der Transformation haben die Kommunen inne, die einen großen Teil der Investitionen durchführen müssen. Die ohnehin bereits angespannte Finanzlage vieler Kommunen verschlechtert sich in der gegenwärtigen Krise rasant und gefährdet damit ihre Handlungsfähigkeit in der Transformation. Hier braucht es wirksame Soforthilfen und ein Aussetzen von Landesschuldenbremsen und kommunalen Haushaltssperren.

► **Verkehrswende:**

Ein Konjunkturprogramm eröffnet die Chance auf eine beschleunigte Mobilitätswende. Konjunkturpolitische Maßnahmen sollten einen sichtbaren Beitrag zur CO₂-Minderung leisten. Dies betrifft alle Verkehrsträger auf der Straße und Schiene sowie in der Schifffahrt und Luftfahrt. Bereits beschlossene Zusagen zum Ausbau des Schienenverkehrs müssen realisiert werden. Konjunkturelle Unterstützungen für die Bereiche Bahn, Schifffahrt, Luftfahrt müssen an die Reduzierung des CO₂-Ausstosses gekoppelt werden. Dabei sind alte, stark umweltbelastende Züge, Schiffe und Flugzeuge aus dem Markt zu nehmen.

Die Automobilwirtschaft ist von zentraler Bedeutung für die industrielle Produktion in Deutschland und Europa. Eine **Umweltprämie**, die den Erwerb von sauberen Neuwagen fördert, kann deshalb ein wichtiger Baustein sein, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland und Europa zu stimulieren. Hierbei gilt: Je weniger CO₂ ein Auto emittiert, desto stärker sollte es gefördert werden. Diese Förderung sollte technologieübergreifend erfolgen und bei E-Autos bereits bei (Vor-)Bestellungen wirken. Klar muss allerdings auch sein: Es kann nur Steuermittel für eine Prämie geben, wenn die Automobilhersteller ebenfalls einen Beitrag zur Finanzierung leisten.

Der Erfolg der E-Mobilität hängt entscheidend vom Ausbau der privaten und öffentlichen **Ladeinfrastruktur** ab. Der Staat muss hier weitere Impulse setzen.

Um öffentliche Investitionen zu beschleunigen, könnten **Eigenanteile in staatlichen Förderprogrammen** insbesondere für Kommunen abgesenkt werden – zum Beispiel für die Anschaffung von E-Bussen im ÖPNV.

Weiterhin bedarf es des Anreizes durch befristete Möglichkeiten der Sonderabschreibung, private Investitionen vorzuziehen, zum Beispiel im Bereich Nutzfahrzeuge.

► **Effizienz- und Wärmewende:**

Riesige Einsparpotentiale bei Energie und Wärme in Produktionsprozessen liegen in der **Erneuerung von Querschnittstechnologien** wie elektrische Motoren, Pumpen, Druckluftsysteme und beim Umstieg auf erneuerbare Prozesswärme und der Nutzung von Abwärme, die in fast allen industriellen Fertigungsprozessen gebraucht werden. Die Bundesregierung fördert die Erneuerung dieser Technologien bereits. Allerdings öffnet sich gerade ein Zeitfenster, um diese Förderung stark auszubauen: Der Austausch solcher Systeme kann in Phasen niedriger Auslastung sehr viel leichter umgesetzt werden. Damit nun auch Unternehmen, deren Liquidität stark eingeschränkt ist, in diese Effizienzvorteile investieren, sind stärkere Anreize sinnvoll.



Unternehmen sollte es zudem zeitlich begrenzt erlaubt werden, solche **Neuanschaffungen degressiv abzuschreiben**, die zu Klimaschutz und Digitalisierung beitragen. Zwar können Unternehmen ihre Steuerzahlungen derzeit ohnehin stunden, über Verlustvorträge bleibt der Steuervorteil allerdings erhalten, sodass unmittelbar ein Anreiz für Neuanschaffungen besteht.

► **Energiewende:**

Schon vor der Corona-Krise sind die Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien drastisch zurückgegangen. Hier gilt es, **Investitionshemmnisse** wie die Mindestabstandsregelung bei der Windkraft und der EEG-Solardeckel umgehend zu beseitigen und den Ausbau durch Sonderabschreibungen anzustoßen.

Für die Sektorkopplung zwischen Energie, Wärme und Mobilität ist es wichtig, die hohen **Abgaben und Umlagen auf den Strompreis** zu reformieren. Die Stromsteuer sollte abgesenkt werden. Eine deutliche und schnelle Absenkung der EEG Umlage – gegenfinanziert aus Haushaltsmitteln – ist ebenfalls geboten: Sie entlastet insbesondere Haushalte mit geringeren Einkommen und hoher Konsumneigung und stärkt so die inländische Nachfrage.

Verantwortung für Europa übernehmen

Die Einheit und Solidarität Europas ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Wohlstand in Europa. Deutschland steht in einer besonderen Verantwortung gegenüber seinen europäischen Partnern. Als **Exportnation** ist es in die internationalen Lieferketten und den globalen Handel so eingeflochten wie kaum eine zweite Nation. Im Sinne der europäischen Solidarität – aber ebenso mit Blick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen – muss eine europaweite Stabilisierung und Konjunkturerholung angestrebt werden.

► **Die europäische Konjunktur**

Den Mitgliedsländern muss es ermöglicht werden, mit umfassenden Konjunkturmaßnahmen auf den exogenen Wirtschaftsschock zu reagieren. Davon profitieren alle: Nur wenn die europäischen Wertschöpfungsketten gemeinsam hochgefahren werden, lassen sich zum Beispiel Lieferengpässe vermeiden.

Zur Finanzierung notwendiger Konjunkturmaßnahmen befürworten wir die Einführung eines **europäischen Aufbaufonds**. Für eine stabilisierende Wirkung sollte darauf geachtet werden, dass die bereitgestellten Mittel die nationalen Haushalte nicht zusätzlich belasten. Daher begrüßen wir Forderungen nach neuen Finanzinstrumenten wie beispielsweise **Euro-/ Corona-Bonds**.

Der Aufbaufonds sollte letztlich die sozial-ökologische Transformation der europäischen Volkswirtschaft einleiten.



▶ **Die EU-Beihilfekontrolle**

Wir begrüßen, dass die **EU-Beihilfekontrollen** temporär gelockert wurden, um die Vergabe von staatlich gedeckten Unternehmensdarlehen und Staatsbeteiligungen zu ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundlegende Überarbeitung des Beihilferechts ein, die eine präventive Strukturpolitik und somit den Erhalt von Industriestrukturen und Beschäftigung ermöglicht und damit eine Voraussetzung für eine gelingende sozial-ökologische Transformation ist.